LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 30. Juni 2010

N i e d e r s c h r i f t

über die 21. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 14.06.2010	
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr	
Sitzungsende:	21:47 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsvorsitzender
Schäfer, Uwe

CDU-Fraktion
Aust, Karl Otto
Bötel, Bernhard
Dinter, Ilona
Großer, Elke
Hasselmann, Rainer
Hopert, Horst
Jahn, Ernst-Henning
Koch, Manfred
Lagosky, Uwe
Löhr, Norbert
Lorenz, Dieter
Mühlenkamp, Ralf
Oesterhelweg, Frank — Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion
Rautmann, Dirk
Seidenkranz, Gerhard
Siebert, Britta
Vogler, Birgit
Wolf, Hans-Heinrich

SPD-Fraktion
Bosse, Marcus
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Ganzauer, Oliver
Hantelmann, Peter
Hausmann, Michael
Heider, Ute

Hensel, Falk	Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
Kaatz, Detlef	
Koch, Harald	
Küchler, Helga	
Mohr, Peter	
Oberländer, Peter	
Polzin, Bruno	
Reichenpfader, Bärbel	
Resch-Hoppstock, Sabine	
Rupp-Brunswig, Dr. Heike	
Sandte, Michael	
Vree, Friedhelm	
Wiegel, Heike	

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Brücher, Bertold	Vorsitzender der Bündnis 90/Die Grünen- Kreistagsfraktion
Fuder, Jochen	
Gerndt, Elisabeth	
Müller, Jan-Christian	

FDP- Fraktion

Fach, Thomas	
Försterling, Björn	Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion

LINKS

Kretschmer, Roland

Von der Verwaltung

Röhmann, Jörg	Landrat
Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Schillmann, Claus Jürgen	Dezernent II
Schäffer, Heike	Dezernentin I
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Kelb, Marco	Protokollführer

Es fehlen:

CDU-Fraktion

Heinisch, Dirk
von Veltheim, Alexander
Wolff, Michael

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

3. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.04.2010

4. Anfragen

4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

5. Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Andreas Molau gem. § 32 Abs. 2 NLO
Vorlage: XVI-0740/2010

6. 1. Änderung der Richtlinien des Landkreises Wolfenbüttel - Jugendamt - zur Förderung von Kindern in Tagespflege in der Fassung des Beschlusses des XVI. gewählten Kreistages vom 21.09.2009
Vorlage: XVI-0698/2010

7. Abschluss einer Nebenabrede zur Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Fachberatung mit der Stadt Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0708/2010

8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig betr. die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
Vorlage: XVI-0705/2010

9. Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Musikschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0718/2010

10. Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0721/2010

11. Nutzungsordnung für die Bildstelle im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0716/2010

12. Beteiligung des Landkreises Wolfenbüttel an den sonstigen Kosten der Schulen der Stadt Wolfenbüttel in den Sekundarbereichen nach § 118 NSchG;
hier: Abrechnung für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: XVI-0689/2010

13. Berufung von Mitgliedern in den "Beirat für Menschen mit Behinderungen im

Landkreis Wolfenbüttel"
Vorlage: XVI-0722/2010

14. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Ehemalige Bahntrassen zwischen Semmenstedt, Mattierzoll und Börßum"
Vorlage: XVI-0715/2010

15. Antrag der SPD-Fraktion: Geflügelmast in Wolfenbüttel, Planungsrecht optimieren
Vorlage: XVI-0702/2010

16. Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2009
Vorlage: XVI-0732/2010

17. Regiebetrieb Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2009
Vorlage: XVI-0719/2010

18. Überplanmäßige Ausgaben vom 05.01.2010 - 12.01.2010
Vorlage: XVI-0700/2010

19. Auflösung des optimierten Regiebetriebes 23 Gebäudewirtschaft und Eingliederung in den Kernhaushalt des Landkreises Wolfenbüttel zum 01. Januar 2011
Vorlage: XVI-0717/2010

20. Aufhebung eines Sperrvermerkes und anderweitige Verwendung freier Mittel im Rahmen des Konjunkturpaketes II
Vorlage: XVI-0730/2010

21. ASS Bildung + Arbeit gGmbH; hier: Übernahmeangebot für Anteile des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0737/2010

22. Nebentätigkeiten des Landrates Jörg Röhmann
Vorlage: XVI-0738/2010

23. Festlegung von Oberzielen für das Jahr 2011
Vorlage: XVI-0739/2010

24. Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreisrates
Vorlage: XVI-0741/2010

25. Annahme von Spenden
Vorlage: XVI-0743/2010

26. Breitbandinfrastruktur im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0742/2010

27. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Schäfer eröffnet um 18.30 Uhr die 21. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

Vorsitzender Schäfer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Schäfer beantragt, die Tagesordnung um die Punkte "Annahme von Spenden" (Vorlage Nr. XVI-0743/2010) und "Breitbandinfrastruktur im Landkreis Wolfenbüttel" (Vorlage Nr. XVI-0742/2010) zu erweitern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte "Annahme von Spenden" (Vorlage Nr. XVI-0743/2010) und "Breitbandinfrastruktur im Landkreis Wolfenbüttel" (Vorlage Nr. XVI-0742/2010) erweitert.

Die erweiterte Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.04.2010

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 20. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.04.2010 wird genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Ein Einwohner fragt, ob beim Landkreis Wolfenbüttel neben den bekannten drei Anträgen noch weitere Anfragen für den Bau von Geflügelmastanlagen vorlägen.

Landrat Röhmann antwortet, dass keine weiteren Anfragen vorlägen. Von den vorliegenden Anträgen habe der Landkreis Wolfenbüttel bereits zwei positiv beschieden.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Vogler fragt, ob seit dem Ende des letzten Jahres Veränderungen bezüglich der Bearbeitungsdauer in der Betreuungsstelle des Landkreises Wolfenbüttel eingetreten seien.

Landrat Röhmann sagt eine kurzfristige Beantwortung dieser Anfrage zu.

Hinweis der Verwaltung:
Die Bearbeitung der Aufträge des Amtsgerichtes an die Betreuungsstelle erfolgte im Jahr 2009 durchschnittlich innerhalb von 10 Wochen. Die Bearbeitungsdauer im 1. Quartal 2010 betrug durchschnittlich ebenfalls 10 Wochen. Derzeit werden Umstrukturierungsmaßnahmen im Gesundheitsamt geprüft. Gegebenenfalls kann im Rahmen der Umsetzung dieser Maßnahmen auch eine Reduzierung der Bearbeitungsdauer in der Betreuungsstelle erwirkt werden.

KAbg. Hopert fragt, wie der Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Wolfenbüttel bezüglich einer Vereinbarung über die Erstattung der Schulkosten für die Sekundarbereiche sei und wann dem Kreistag eine entsprechende Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werde.

Landrat Röhmann antwortet, dass die derzeitige Abrechnungspraxis nicht fortgesetzt werden solle. Partnerschaftlich geführte Verhandlungen mit der Stadt Wolfenbüttel würden derzeit vollzogen.

KAbg. Kretschmer bittet um Darstellung der Anmeldelage an der Integrierten Gesamtschule in Wolfenbüttel (IGS). Ferner fragt er, inwiefern sich die im Rahmen des "Sparpaketes" der Bundesregierung zusätzlich eingeräumten Ermessensspielräume im Bereich des Sozialgesetzbuches II auf die Entscheidungsgrundlagen über die Zukunft der Arge im Landkreis Wolfenbüttel auswirken könnten.

Landrat Röhmann kündigt an, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport eine ausführliche Information über die Anmeldesituation an der IGS erfolgen werde. Der Sprecher führt zudem aus, dass die von KAbg. Kretschmer angeführten Ermessenspielräume gleichermaßen für Optionskommunen sowie für Argen Gültigkeit hätten und daher die Entscheidungsgrundlagen über die Zukunft der Arge im Landkreis Wolfenbüttel nicht verändert sowie die Einflussmöglichkeiten des Landkreises Wolfenbüttel auch im Vergleich mit Optionskommunen nicht vermindert würden.

KAbg. Försterling trägt eine Anfrage vor, die er am 31.05.2010 schriftlich an den Landrat gerichtet habe.

Die Anfrage ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Die Antwort auf die Anfrage von KAbg. Försterling ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

TOP 5 Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Andreas Molau gem. § 32 Abs. 2 NLO Vorlage: XVI-0740/2010

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0740/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 32 Abs. 2 Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) fest, dass die Voraussetzungen für die Beendigung der Mitgliedschaft des Kreistagsabgeordneten Andreas Molau im XVI. gewählten Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel nach § 32 Abs. 1 Ziffer 1 NLO vorliegen.

2. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass der Sitz bis zum Ablauf der Wahlperiode des XVI. gewählten Kreistages unbesetzt bleibt.

TOP 6 1. Änderung der Richtlinien des Landkreises Wolfenbüttel - Jugendamt - zur Förderung von Kindern in Tagespflege in der Fassung des Beschlusses des XVI. gewählten Kreistages vom 21.09.2009 Vorlage: XVI-0698/2010

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0698/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die 1. Änderung der Richtlinien des Landkreises Wolfenbüttel zur Förderung von Kindern in Tagespflege wird in der Fassung, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0698/2010 ergibt, beschlossen.

TOP 7 Abschluss einer Nebenabrede zur Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Fachberatung mit der Stadt Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0708/2010

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0708/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die Nebenabrede zur Vereinbarung über die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Fachberatung mit der Stadt Wolfenbüttel entsprechend der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0708/2010 abzuschließen.

TOP 8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig betr. die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen Vorlage: XVI-0705/2010

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0705/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Waldorfkindergarten Rudolf-Steiner-Straße e. V., Braunschweig für die Kindergartenjahre 2010/2011 und 2011/2012 entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage Nr. XVI-0705/2010 abzuschließen.

TOP 9 Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Musikschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0718/2010

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-0718/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Entgeltordnung für Veranstaltungen der VHS wird in dem die Musikschule betreffenden Teil geändert und erhält hinsichtlich der Teilnahmeentgelte die in der Anlage 1 zur Vorlage Nr. XVI-0718/2010 beigefügte Fassung. Die Änderung tritt zum 01.10.2010 in Kraft.

TOP 10 Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0721/2010

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-0721/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Entgeltordnung für Veranstaltungen der VHS wird geändert und erhält die der Vorlage Nr. XVI-721/2010 als Anlage 2 beigefügte Fassung. Die Änderung tritt am 01.08.2010 in Kraft.

TOP 11 Nutzungsordnung für die Bildstelle im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0716/2010

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-0716/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Nutzungsordnung für die Bildstelle im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel wird, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage-Nr. XVI-0716/2010 ergibt, beschlossen.

Die Nutzungsordnung tritt am 01.08.2010 in Kraft. Gleichzeitig treten die zuletzt im November 2004 geänderten Leihbedingungen außer Kraft.

TOP 12 Beteiligung des Landkreises Wolfenbüttel an den sonstigen Kosten der Schulen der Stadt Wolfenbüttel in den Sekundarbereichen nach § 118 NSchG; hier: Abrechnung für das Haushaltsjahr 2008 Vorlage: XVI-0689/2010

KAbg. Hopert erläutert die Vorlage Nr. XVI-0689/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel beteiligt sich an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben der Schulen der Stadt Wolfenbüttel in den Sekundarbereichen für das Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 5.159.088,12 € mit einem Zuweisungsbetrag in Höhe von 3.611.361,69 € (70 v.H.). Für Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreisgebiet beteiligt sich der Landkreis Wolfenbüttel darüber hinaus mit einem Zuweisungsbetrag in Höhe von 356.889,12 € (100 v.H.). Der Zuweisungsbetrag an die Stadt Wolfenbüttel beträgt damit insgesamt 3.968.250,81 €.

2. Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben enthalten u.a. Ausgaben
   a) für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulanlagen in Höhe von 2.974.160,55 € und
   b) für die Ausstattung der Schulen mit Einrichtungen, Lehr- und Lernmitteln, Büchereien, Mediotheken, Sprachlabors und sonstigen Hilfsmitteln für den Unterricht einschl. der Kosten für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen sowie die Unterhaltung in Höhe von 406.636,21 €.

TOP 13 Berufung von Mitgliedern in den "Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVI-0722/2010

KAbg. Großer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0722/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die nachstehenden Personen werden für die Dauer der Wahlperiode des XVI. gewählten Kreistages als Mitglieder in den Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Wolfenbüttel berufen:

1. Menschen mit geistiger Behinderung:
   - Ralf-Dieter Kürschner
     Bürgervertretung der Evangelischen Stiftung Neuerkerode
     Kastanienweg 3, 38173 Sickte
     (vorgeschlagen durch Evangelische Stiftung Neuerkerode)

- Christian Dichtl
  Doktorkamp 16, 38302 Wolfenbüttel
  (vorgeschlagen durch Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel)

2. Menschen mit körperlicher Behinderung:
   - Hermann Wagenführ
     Hauptstr. 25, 38173 Dettum
     (vorgeschlagen durch Sozialverband Deutschland, Beratungszentrum Wolfenbüttel)

3. Menschen mit seelischer Behinderung:
   - Wolfgang Kunigk
     Hellerstr. 11, 38304 Wolfenbüttel
     (vorgeschlagen durch Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel)

4. Blinde:
   - Michaela Barnstorf
     Am Okerufer 23, 38302 Wolfenbüttel
     (vorgeschlagen durch Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, Regionalverein Süd-Ost-Niedersachsen)

5. Hörgeschädigte:
   Es wurden keine Vorschläge eingereicht.

6. Menschen mit chronischen Erkrankungen:
   Es wurden keine Vorschläge eingereicht.

7. Eltern von Kindern mit Behinderung:
   - Esther van den Heuvel
     Am Graad 3, 38304 Wolfenbüttel
     (vorgeschlagen durch DRK Wolfenbüttel)

   - Dr. Janine Kreiss-Sender
     Am Jahnstein 8, 38302 Wolfenbüttel
     (vorgeschlagen durch AG Down-Syndrom e. V.)

Als stellvertretendes Mitglied wird Frau Roswitha Stiewe, Im Weidenkamp 28 e, 38304 Wolfenbüttel (vorgeschlagen durch den Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, Regionalverein Süd-Ost-Niedersachsen) für die Dauer der Wahlperiode des XVI. gewählten Kreistages in den Beirat für Menschen mit Behinderungen berufen.

TOP 14 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Ehemalige Bahntrassen zwischen Semmenstedt, Mattierzoll und Börßum" Vorlage: XVI-0715/2010

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-0715/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die im Betreff der Vorlage Nr. XVI-0715/2010 genannten Flächen werden durch die als Anlage 1 der Niederschrift über die 25. Sitzung des Kreisausschusses des XVI. gewählten Kreistages beigefügte Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion: Geflügelmast in Wolfenbüttel, Planungsrecht optimieren Vorlage: XVI-0702/2010

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-0702/2010 und verweist auf den sich aus einem Schreiben vom 09.06.2010 ergebenden Änderungsantrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion und die als Tischvorlage bereitgestellten Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion.

Die Änderungsanträge sind dieser Niederschrift als Anlagen 3, 4 und 5 beigefügt.

KAbg. Brücher führt aus, dass die kommunale Selbstverwaltung auf den Bau von Mastställen außerhalb von Ortslagen wenig Einfluss nehmen könne, da es sich hierbei um privilegierte Vorhaben im bauplanungsrechtlichen Außenbereich handele. Jedoch hätten die betroffenen Bürger Befürchtungen, dass von Geflügelmastanlagen hygienische, gesundheitliche, immissionsbezogene und immobilienwirtschaftliche Gefahren ausgingen. Daher solle der Landkreis Wolfenbüttel den Gesetzgeber auffordern, den Gemeinden Gestaltungsrechte bezüglich der Genehmigung von Geflügelmastanlagen einzuräumen.

KAbg. Wiegel ergänzt, dass Geflügelmastanlagen mit fast 40.000 und mehr Tieren eine neue Erscheinung im Landkreis Wolfenbüttel seien. Es sei zu befürchten, dass hiervon hohe Belastungen für die Bevölkerung ausgingen, ohne dass die Kommunen hierzu Einflussmöglichkeiten hätten. Die Informationsveranstaltungen der investierenden Landwirte hätten lediglich der Berichterstattung gedient. Über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Schutzmechanismen für die betroffene Bevölkerung seien indes nicht angeboten worden. Daher sei es wichtig, dass den Kommunen Einflussmöglichkeiten bezüglich der Genehmigung entsprechender Anlagen eröffnet würden. Die Resolution und der einem Kompromiss dienende Änderungsantrag der SPD-Fraktion, deren wichtiger Bestandteil auch die Begründung sei, behandele diese Problematik und beschränke sich hierbei nicht auf die Situation im Landkreis Wolfenbüttel. Wichtig sei, dem Gesetzgeber die Bedenken der Bürger aufzuzeigen.

KAbg. Oesterhelweg merkt an, dass er sich eine von allen Fraktionen getragenen Resolution wünsche. Nur dann könne diese auch eine Wirkung entfalten. Er berichtet, dass KAbg. Bosse und KAbg. Hensel einst in einer Pressemitteilung begrüßt hätten, dass sich die hiesigen Landwirte mit dem Einstieg in die Viehhaltung ein weiteres wirtschaftliche Segment erschließen würden. Der Sprecher fügt an, dass er auch den Versuch des Landrates Röhmann, den nunmehr in Wietze entstehenden Geflügelschlachthof im Landkreis Wolfenbüttel anzusiedeln, für positiv erachte. Für die Kritik und Bedenken an den geplanten Geflügelmastanlagen habe er Verständnis. Jedoch spreche er sich deutlich gegen die von einigen Kritikern gewählte Art der Auseinandersetzung, wie das Abhalten von Fackelzügen oder Kranzniederlegungen sowie dem Versand anonymer bzw. absendergefälschter Postkarten, aus. Es sei naheliegend, dass die im Landkreis Wolfenbüttel auf gutem Boden produzierten Futtermittel durch eine hiesige Tierhaltung verwertet würden und nicht über weite Wege zu den zum Beispiel im Nordwesten Niedersachsens liegenden Mastanlagen transportiert werden müssten. Die gesellschaftliche Kritik an entsprechenden Haltungsformen finde ihre Grenzen in der Tatsache, dass eine erhebliche Nachfrage nach Geflügelfleischprodukten bestehe. Die bauplanungsrechtliche Privilegierung von landwirtschaftlichen Anlagen im Außenbereich diene dem Zweck, dass entsprechende Mastanlagen nicht innerhalb von Ortslagen errichtet würden. Gleichwohl sei es wichtig, den Kommunen hierbei Mitwirkungs- oder Gestaltungsrechte einzuräumen. Eine vollständige Kommunalisierung der Aufgabe dürfe indes nicht erfolgen, da der Bau von Mastanlagen alsdann möglicherweise flächendeckend untersagt würde. Ferner müsse der im Antrag der SPD-Fraktion genannte Begriff der "Massentierhaltung" definiert werden.

KAbg. Försterling fügt an, dass die Frage der Errichtung von Mastanlagen einer Abwägung zwischen den Rechten der investierenden Landwirte und jenen der Anwohner bedürfe. Er unterstütze daher die Forderung, dass den kommunalpolitischen Gremien Mitwirkungsrechte hinsichtlich dieser Interessenabwägung eingeräumt werden. Auf kommunale Gestaltungsrechte solle indes verzichtet werden. Denn dadurch entstünden sich zwischen den Kommunen unterscheidende Regelungen, denen ein Landwirt, der an seinen Grund und Boden gebunden sei, durch eine Betriebsverlagerung nicht begegnen könne. Die Bündnis 90 / Die Grünen - Bundestagsfraktion habe einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der auf entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen abziele. Die diesbezüglichen Beratungen im Bundestag sollten abgewartet werden. Soweit die auf Mitwirkungsrechte bezogene Resolution nicht ausreiche, könne eine weitergehende Resolution noch nachgereicht werden.

KAbg. Wiegel entgegnet, dass es zielführend wäre, bereits in der jetzigen Resolution die Maximalforderungen zu stellen. Sie ergänzt, dass der Begriff Massentierhaltung auch durch eine Tierzahl ersetzt werden könnte.

KAbg. Heider bekräftigt, dass die von KAbg. Oesterhelweg erwähnte Postkartenaktion von Geflügelmastkritikern nicht hätte erfolgen dürfen. Die Sprecherin merkt an, dass sie Geflügelmastanlagen nicht grundsätzlich ablehne und dass sich die gegenständliche Resolution nicht gegen die im Landkreis Wolfenbüttel geplanten Anlagen richte. Es solle lediglich eine zu hohe Mastanlagendichte, wie sie beispielsweise im Landkreis Vechta bestehe, verhindert werden. Hierfür müssten die Kommunen Einflussmöglichkeiten erhalten.

KAbg. Kretschmer stellt dar, dass die zur Beratung stehende Resolution lediglich symbolpolitischen Charakter besitze, da der Landkreis Wolfenbüttel in den Angelegenheiten ohnehin nicht mitreden könne. Es wäre jedoch interessanter festzustellen, wie sich der Kreistag bezüglich der im Landkreis Wolfenbüttel entstehenden Anlagen positioniere. KAbg. Kretschmer stellt folgenden Antrag:
"Der Kreistag appelliert an die Landwirte im Landkreis Wolfenbüttel, die Anträge auf die Genehmigung der Errichtung von Geflügelmastanlagen gestellt haben, diese Anträge zurückzuziehen."

KAbg. Oesterhelweg entgegnet, dass Resolutionen durchaus Wirkungen erzielen könnten. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Resolution des Kreistages zur Schachtanlage Asse II. Aber dafür sei eine breite Mehrheit erforderlich.

KAbg. Hensel argumentiert, dass kommunale Mitwirkungsrechte nicht ausreichten, da den Kommunen damit nur Instrumente wie Anhörungsrechte und ähnliches eingeräumt würden. Deshalb halte die SPD-Fraktion an dem Begriff des Gestaltungsrechtes fest. Gegen einen Austausch des Begriffes der Massentierhaltung habe er indes nichts einzuwenden. Den von KAbg. Oesterhelweg getätigten Hinweis auf eine Pressemitteilung des Sprechers und des KAbg. Bosse ergänzt er dahingehend, dass die letztgenannten damals auch eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gefordert hätten.

Landrat Röhmann führt aus, dass der Landkreis Wolfenbüttel landwirtschaftlich geprägt sei. Hierzu gehöre auch die Tierhaltung. Daher dürfe es nicht um die Frage gehen, ob Geflügelmastanlagen grundsätzlich abgelehnt würden. Vielmehr solle darauf hingewirkt werden, dass die Kommunen mehr als die bisherigen Stellungnahmerechte erhalten. Er schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion mit dem Begriff der Gestaltungsrechte zu ergänzen und als Kompromissvorschlag abzustimmen.

KAbg. Oesterhelweg stellt dar, dass die CDU-Fraktion dem Kompromissvorschlag zustimmen könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

1. Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel fordert die Parlamente in Bund und Land auf, den Kommunen Mitwirkungs-/Gestaltungsrechte zu geben, um auf Bauvorhaben im Außenbereich, unter anderem für landwirtschaftlich-gewerbliche Nutzung, Einfluss nehmen zu können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag nachstehenden

2. Beschluss:

Der Kreistag lehnt mit 7 Ja-, 21 Nein-Stimmen und 19 Stimmenthaltungen den Antrag des KAbg. Kretschmer ab.

TOP 16 Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2009 Vorlage: XVI-0732/2010

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0732/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1) Der mit Prüfbericht der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsberatungsgesellschaft vom 21.04.2010 geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.

2) Der Bilanzgewinn von 223.877,38 € wird als Eigenkapitalverzinsung 2009 gemäß § 7 Abs. 5 Eigenbetriebsverordnung an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.

3) Der Werksleitung des Abfallwirtschaftsbetriebes wird gem. § 30 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

TOP 17 Regiebetrieb Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2009 Vorlage: XVI-0719/2010

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0719/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1.) Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss zum 31.12.2009 und den hierzu erstellten Lagebericht des (optimierten) Regiebetriebes Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel geprüft und im hierzu erstellten Prüfbericht einen uneingeschränkten

Bestätigungsvermerk erteilt hat.

2.) Der Jahresgewinn 2009 des Regiebetriebes Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 49.743,82 € wird an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.

TOP 18 Überplanmäßige Ausgaben vom 05.01.2010 - 12.01.2010 Vorlage: XVI-0700/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0700/2010.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den vom 05.01.2010 bis zum 12.01.2010 geleisteten überplanmäßigen Ausgaben, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0700/2010 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 19 Auflösung des optimierten Regiebetriebes 23 Gebäudewirtschaft und Eingliederung in den Kernhaushalt des Landkreises Wolfenbüttel zum 01. Januar 2011 Vorlage: XVI-0717/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0717/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der mit Beschluss des Kreistages vom 16.09.2002 zum 01.01.2003 aus dem Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel ausgegliederte optimierte Regiebetrieb 23 Gebäudewirtschaft wird mit Wirkung zum 01.01.2011 aufgelöst und wieder in den Kernhaushalt eingegliedert.

2. Der Landrat wird beauftragt,

   - die für die Zusammenführung der Bilanzen des Landkreises Wolfenbüttel und des optimierten Regiebetriebes 23 Gebäudewirtschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen,

   - die Einbindung des bisherigen optimierten Regiebetriebes 23 Gebäudewirtschaft in die Organisationsstruktur des Landkreises als Teilhaushalt vorzunehmen sowie

   - der Kommunalaufsichtsbehörde die Auflösung des optimierten Regiebetriebes 23 Gebäudewirtschaft gem. § 65 NLO i. V. m. § 116 Abs. 1 Nr. 4 NGO anzuzeigen.

TOP 20 Aufhebung eines Sperrvermerkes und anderweitige Verwendung freier Mittel im Rahmen des Konjunkturpaketes II Vorlage: XVI-0730/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0730/2010.

KAbg. M. Koch stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, dass die Sanierung des großen Sitzungssaales sich auf neue Fenster mit Verdunkelungsmöglichkeit, neuen Teppich, einen Beamer sowie WLAN beschränke. Ferner solle auf eine Neumöblierung der Sitzungssäle mit Tischen und Stühlen verzichtet werden, da die Sitzungssäle vor allem dem Zwecke von Sitzungen der politischen Gremien des Landkreises dienten und die derzeitige Möblierung hierfür zweckmäßig und angemessen sei. Eine Investition von zusätzlichen Mitteln i.H.v. 55.000 Euro wäre daher nicht zu rechtfertigen.

KAbg. Resch-Hoppstock entgegnet, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe, die zur Vorberatung der Sanierungspläne für die Sitzungssäle einberufen worden sei, zunächst einen Planentwurf mit einem Investitionsvolumen von 350.000 Euro beraten habe. Angesichts der Haushaltslage des Landkreises Wolfenbüttel habe jedoch dahingehendes Einvernehmen geherrscht, dass nur in deutlich geringerem Umfang in die Sitzungssäle investiert werden sollte. Ferner sei angestrebt, die Sitzungssäle künftig nicht mehr nur den politischen Gremien des Landkreises zur Verfügung zu stellen, sondern mittels einer multifunktionalen Einrichtung auch die Nutzung durch die Landkreisverwaltung, Vereine, Diskussionsrunden und andere Gremien zu ermöglichen, da diese durch die Anmietung fremder Räumlichkeiten derzeit finanziellen Belastungen ausgesetzt seien. Ferner sei es ineffektiv, wenn der größte Raum des Kreishauses nur derart sporadisch genutzt werde, wie es derzeit der Fall sei. Da der Hauptteil der Investitionen aus dem Konjunkturpaket II finanziert würde, sei der Investitionsanteil des Landkreises Wolfenbüttel ausgesprochen gering.

KAbg. Oesterhelweg erwidert, dass für Veranstaltungen jedweder Art auch andere Räumlichkeiten im Landkreis Wolfenbüttel zur Verfügung stünden. Auch wenn der Anteil des Landkreises Wolfenbüttel an einer Sanierung der Sitzungssäle nur gering sei, handele es sich bei den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II um Steuergelder, mit denen sorgsam umzugehen sei und die sinnvolleren Zwecken zugeführt werden sollten.

Landrat Röhmann stellt dar, dass die im Rahmen des Konjunkturpaketes II bereitgestellten Steuergelder zur Förderung der konjunkturellen Entwicklung eingesetzt werden sollten. Die Investitionen zur Sanierung der Sitzungssäle würden entsprechende Impulse bezwecken. Ferner sei die Möglichkeit der multifunktionalen Nutzung der Sitzungssäle wichtig. So müsse zum Beispiel die Personalversammlung der Landkreisverwaltung unter Verursachung von Kosten für den Kreishaushalt derzeit in einem Hotel stattfinden, da der große Sitzungssaal hierfür nicht geeignet sei. Auch die große Asse II - Begleitgruppe müsse in anderen, geeigneteren Räumen tagen. Aufgrund der Kofinanzierung mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II biete sich eine seltene Gelegenheit, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen unter überschaubarem Einsatz kreiseigener Finanzen durchzuführen. Der Sprecher weist darauf hin, dass wenn WLAN bereitgestellte werde, auch die Elektronik neu verlegt werden müsse, da der Betrieb von Laptops sonst schwierig sei. Im Übrigen sei auch die Akustik im großen Sitzungssaal verbesserungsbedürftig. Er weist zudem darauf hin, dass andere Maßnahmen aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II nicht finanziert werden könnten, da diese vorab hätten angezeigt werden müssen. Somit müsste der Landkreis Wolfenbüttel Mittel aus dem Konjunkturpaket II wieder zurückzahlen, die dann in anderen Kommunen verausgabt würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

1. Beschluss:

> Die mit Beschluss des Kreistages vom 18.05.2009 ausgesprochenen Sperrvermerke im Wirtschaftsplan 2009 des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft (1. Nachtrag) bei den Investitionsvorhaben "Hauptgebäude Sitzungssaal" werden in Höhe von 199.100 Euro und "Hauptgebäude Eingang" in Höhe von 100.000 Euro aufgehoben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 23 Ja-, 22 Nein-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

2. Beschluss:

Die im Wirtschaftsplan 2009 des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft (1. Nachtrag) bei den Investitionsvorhaben "Hauptgebäude Sitzungssaal" und "Hauptgebäude Eingang" bereitstehenden Mittel werden im Rahmen des Konjunkturpaketes II – Sonstige Infrastruktur – folgender Verwendung zugeführt:

- Sanierung folgender Teile des großen Sitzungssaales: neue Fenster mit Verdunkelungsmöglichkeit, neuer Teppich, Beamer, WLAN
- Fenster- und Fassadensanierung Westseite Neubau Bahnhofstraße 11 (95.000 €)
- Fenstersanierung Hauptgebäude Altbau (124.100 €).

TOP 21 ASS Bildung + Arbeit gGmbH; hier: Übernahmeangebot für Anteile des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0737/2010

KAbg. M. Koch erläutert die Vorlage Nr. XVI-0737/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, Verhandlungen mit der Kreishandwerkerschaft bezüglich deren Übernahmeangebotes für die Anteile des Landkreises Wolfenbüttel an der ASS Bildung und Arbeit gGmbH aufzunehmen.

TOP 22 Nebentätigkeiten des Landrates Jörg Röhmann Vorlage: XVI-0738/2010

Landrat Röhmann verlässt den Sitzungsraum.

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0738/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei vier Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt davon Kenntnis, dass Landrat Jörg Röhmann die nachstehenden Ehrenämter wahrnimmt, die gemäß § 70 Abs. 4 Niedersächsisches Beamtengesetz (NBG) als angezeigt gelten:

   a) Mitglied des Vorstandes des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes
   b) Mitglied im Verwaltungsrat der Braunschweigischen Landessparkasse
   c) Mitglied im Beirat der Braunschweigischen Landessparkasse
   d) Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz.

2. Der Kreistag beschließt die Ausübung bzw. Fortführung nachstehender Nebentätigkeiten durch Landrat Jörg Röhmann auf Verlangen des Dienstvorgesetzten gemäß § 71 NBG:

   a) Tätigkeit für das HEH Braunschweig (als Mitglied im Vorstand)
   b) Mitglied im Beirat der LandE GmbH

c) Tätigkeit als 2. Vorsitzender der Mitgliederversammlung der Braunschweigischen Landschaft e.V.

3. Der Kreistag stellt fest, dass folgende Tätigkeiten zum Hauptamt des Landrates zählen:

   a) Tätigkeit für die E.ON Avacon AG (als Mitglied im Aufsichtsrat)
   b) Tätigkeit für die Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH und BWS Baulandgesellschaft mbH (als Aufsichtsratsvorsitzender).

4. Der Kreistag stellt fest:

   Zu 3. a)

   Die Aufwandsentschädigung ist in Höhe von 2.000 € jährlich zuzüglich 250 € je Sitzung als angemessen anzuerkennen.

   Zu 3. b)

   Die Aufwandsentschädigung wird in der gezahlten Höhe von 100 € je Sitzung als angemessen anerkannt.

TOP 23 Festlegung von Oberzielen für das Jahr 2011 Vorlage: XVI-0739/2010

Landrat Röhmann betritt wieder den Sitzungsraum.

KAbg. M. Koch erläutert die Vorlage Nr. XVI-0739/2010.

Landrat Röhmann berichtet, dass es im Vorfeld der laufenden Sitzung heftige Diskussionen über die empfohlenen Oberziele gegeben habe. In den Jahren 2002 und 2003 habe der Landkreis Wolfenbüttel Politikfeldziele entwickelt, die teilweise mehrdeutig gewesen seien. Nunmehr sei durch den XVI. gewählten Kreistag in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine neue Systematik beschlossen worden, die die Bildung von eindeutigen Oberzielen durch den Kreistag vorsehe. Bezüglich der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses hätten die Kreistagsfraktionen jedoch keine Änderungsbedarfe angemeldet. Lediglich der Hinweis, dass das in der Empfehlung als Oberziel 4 bezeichnete Ziel abermals in der Steuerungsgruppe beraten werden könnte, sei geltend gemacht worden. Es sei wichtig, nunmehr Oberziele festzulegen, da die Landkreisverwaltung die nachgeordneten Ziele aus diesen Oberzielen ableiten und hieraus Maßnahmen entwickeln werde, die sich auch auf die derzeit laufende Haushaltsplanung für das Jahr 2011 auswirkten. Hierüber werde der Kreistag entsprechende Bericht erhalten. Die Haushaltsberatungen orientierten sich künftig weniger an den Einnahmen und Ausgaben sondern an Aufwendungen und Erträgen sowie Zielen und Kennzahlen.

KAbg. Brücher entgegnet, dass der Zielbildungsprozess problematisch gewesen sei, da die Steuerungsgruppe ihre Beratungen unvorbereitet anhand von Tischvorlagen habe vollziehen müssen. Daher sollte eine erneute Beratung der Angelegenheit in der Steuerungsgruppe, im Kreisausschuss und im Kreistag stattfinden, die der Sprecher somit beantrage. Missverständlich sei, ob Ziele für das Haushaltsjahr 2011 oder für darauffolgende Jahre festgelegt würden. Zudem müssten weitreichendere und handlungsorientierende Ziele ausgebildet werden. Ferner sei fraglich, ob die Bürgerorientierung des Landkreises Wolfenbüttel wie vorgeschlagen anhand von Beschwerdefällen gemessen werden könne. Das empfohlene Oberziel, die Einwohnerzahl nicht unter 115.000 sinken zu lassen, könne nur mithilfe von Wanderungsbewegungen erreicht werden. Bei der anvisierten Schaffung der Voraussetzungen zur Versorgung mit Breitbandtechnologie handele es sich um eine

Maßnahme und um kein Ziel. Das Oberziel 5 solle noch dergestalt umformuliert werden, dass das Leitbild mit dem Titel "Landkreis Wolfenbüttel - DER BILDUNGSLANDKREIS IN NIEDERSACHSEN" versehen werde. Des weiteren solle ein ökologisches Oberziel ergänzt werden.

Der Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

Landrat Röhmann erwidert, dass die von KAbg. Brücher vorgetragene Kritik im Kreisausschuss hätte diskutiert werden können. Da es seit Jahren ein professionelles Beschwerdemanagement im Landkreis Wolfenbüttel gebe, könnten dessen statistische Werte durchaus als Messkriterien für Bürgerorientierung herangezogen werden. Das Oberziel 3, welches auf die Abschwächung des Einwohnerverlustes abziele sei daher sehr interessant, da somit ausgelotet werden könne, welche Einflussmöglichkeiten der Landkreis Wolfenbüttel auf diese Entwicklung habe. Zum Beispiel könne daraus eine Anerkennung der Senioren als Zielgruppe um die stärker zu werben sei erwachsen. Der Sprecher bietet an, die Kreistagsfraktionen noch stärker über die neue Steuerungssystematik des Landkreises Wolfenbüttel zu informieren und eine intensivere Beteiligung der Fachausschüsse anzustreben. Es sei jedoch wichtig, nunmehr Oberziele festzulegen um das Haushaltsaufstellungsverfahren nicht zu behindern.

KAbg. Kretschmer wirft ein, dass die Landkreisverwaltung den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 auch ohne die Festlegung von Oberzielen aufstellen könne. Die vorliegende Beschlussempfehlung sei der missglückte Versuch, ein neues Steuerungsinstrument zu implementieren.

KAbg. Hensel merkt an, dass die Verwaltung Vorgaben und Schwerpunktsetzungen benötige. Daher solle den Empfehlungen des Kreisausschusses, mit Ausnahme des Oberzieles 4, welches in ein anderes Ziel eingearbeitet werden sollte, gefolgt werden. Des weiteren sollte die Steuerungsgruppe unmittelbar nach der Sommerpause einberufen werden um noch offene Fragen zu klären. Auch die Fraktionen sollten sich dieser Diskussion stellen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 25 Ja-, 21 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

> Die Vorlage Nr. XVI-0739/2010 wird zur Beratung in den Ausschuss Steuerungsgruppe verwiesen und ist danach erneut dem Kreisausschuss und dem Kreistag vorzulegen.

TOP 24 Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreisrates Vorlage: XVI-0741/2010

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0741/2010 und schlägt vor, Herrn Rechtsanwalt Martin Hortig aus Berlin für eine Amtszeit von acht Jahren zum Ersten Kreisrat zu wählen.

KAbg. Oesterhelweg berichtet, dass Landrat Röhmann am Ende des Jahres 2009 noch einen anderen Bewerber für das Amt des Ersten Kreisrates ins Gespräch gebracht habe, dessen Name auch öffentlich genannt worden sei. Landrat Röhmann habe zudem zugesichert, nur dann einen Bewerber zur Wahl vorzuschlagen, soweit für dessen Wahl eine breite Mehrheit des Kreistages zu erwarten sei. Die Fraktionen von CDU und FDP sprächen sich für die Wahl des Bewerbers Herrn Rechtsanwalt Carsten Müller aus Braunschweig aus. Dies gelte gleichsam für Teile der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion. Nur die SPD-Fraktion unterstütze geschlossen den Bewerber Hortig. Somit sei die von Landrat Röhmann eingeforderte breite Mehrheit des Kreistages für den Bewerber Hortig nicht erkennbar. Zudem habe Landrat Röhmann dem Bewerber Müller seine Unterstützung zugesagt. Dieser von Landrat Röhmann vollzogene Umgang mit Bewerbern gefalle dem Sprecher nicht.

KAbg. Försterling ergänzt, dass Landrat Röhmann seitdem Weggang der ehemaligen Ersten Kreisrätin Thiel stets mitgeteilt habe, dass er nur dann einen Kandidaten zur Wahl des Ersten Kreisrates vorschlagen werde, soweit dieser von der CDU- und der SPD-Fraktion oder insgesamt von drei Kreistagsfraktionen unterstützt werde. Dies sei bei keinem Bewerber derzeit der Fall. Noch am 12.06.2010 habe ihm Landrat Röhmann versichert, dass er deshalb in der Sitzung des Kreistages am 14.06.2010 keinen Bewerber zur Wahl des Ersten Kreisrates vorschlagen werde. Der Sprecher fährt fort, dass er erst kurz vor dieser Sitzung erfahren habe, dass Landrat Röhmann einen Kandidaten vorschlagen werde. Dies sei kein vertrauensbildendes Vorgehen des Landrates Röhmann.

KAbg. Hensel führt aus, dass über die Bewerbung des Herrn Carsten Müller Stillschweigen vereinbart worden sei. Dies sei im Redebeitrag des KAbg. Oesterhelweg nicht eingehalten worden und daher ebenfalls eine Belastung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen hätten sich vor einigen Monaten darauf verständigt, die Stelle des Ersten Kreisrates erneut auszuschreiben. Drei Bewerber hätten sich in einer Sitzung des Kreisausschusses vorgestellt. Die SPD-Fraktion habe die Kandidaten bewertet und spreche sich auf dieser Basis eindeutig für den Bewerber Hortig aus. Der Sprecher stellt dar, dass die SPD-Fraktion die Tradition fortsetzen wolle, dass im Falle der SPD-Mitgliedschaft des Landrates der Erste Kreisrat der CDU angehören solle. Dies sei mit dem Bewerber Hortig gewährleistet. Abschließend beantragt KAbg. Hensel die geheime Wahl.

KAbg. Oesterhelweg teilt mit, dass bereits in der Presse veröffentlicht worden sei, dass Herr Carsten Müller sich um das Amt des Ersten Kreisrates beworben habe. Daher habe er mit seinem Redebeitrag nicht das vereinbarte Stillschweigen gebrochen.

Vorsitzender Schäfer benennt KAbg. Großer und KAbg. Kaatz zu Stimmzählern, weist darauf hin, dass zur Wahl des Ersten Kreisrates die Mehrheit der Stimmen der Kreistagsmitglieder, mithin 26 Ja-Stimmen, erforderlich seien und eröffnet den Wahlgang.

Vorsitzender Schäfer schließt den Wahlgang und verkündet folgendes

Wahlergebnis:

Herr Rechtsanwalt Martin Hortig, Berlin, ist mit 24 Ja-, 22 Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung nicht zum Ersten Kreisrat des Landkreises Wolfenbüttel gewählt.

TOP 25 Annahme von Spenden Vorlage: XVI-0743/2010

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0743/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0743/2010 genannte Zuwendung wird angenommen.

TOP 26 Breitbandinfrastruktur im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0742/2010

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0742/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der sich aus der Begründung zur Vorlage Nr. XVI-0742/2010 ergebende Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, vorbereitende Maßnahmen zur Gründung einer Telekommunikationsinfrastrukturgesellschaft aufzunehmen, Angebote von Beratungsunternehmen einzuholen und zwecks Auftragserteilung die zuständigen Gremien des Kreistages zu beteiligen.

TOP 27 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Landrat Röhmann berichtet, dass die Genehmigung der Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2010 eingegangen sei.

Vorsitzender Schäfer schließt den öffentlichen Teil um 21.45 Uhr.

Vorsitzender Uwe Schäfer Landrat Jörg Röhmann

Protokollführer Marco Kelb

Anlagen:
1. Anfrage des KAbg. Försterling
2. Antwort auf die Anfrage des KAbg. Försterling
3. Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion zum TOP 15
4. Antrag der CDU-Frakion zum TOP 15
5. Antrag der SPD-Fraktion zum TOP 15
6. Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion zum TOP 23